StiftungsReport 2008/09

Wie Vielfalt zusammenhält – Projekte, Initiativen und Menschen

Juni 2008

Herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Stiftungen

Impressum

Herausgeber:
Bundesverband Deutscher Stiftungen
Mauerstraße 93 | 10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -10
www.Stiftungen.org
Verlag@Stiftungen.org

Verantwortlich:
Dr. Hans Fleisch, Generalsekretär des
Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

In Kooperation mit:
BMW Stiftung Herbert Quandt
Reinhardtstraße 58 | 10117 Berlin
Telefon (030) 3396-3500 | Fax -3530

Autorinnen und Autoren:
Dr. Antje Bischoff (Projektleitung), Elisabeth Beckmann,
Jörn Breiholz, Barbara Bückmann, Daniela Deuber,
Karolina Merai, Michael Netzhammer

ISBN 3-927645-84-2

Berlin, Juni 2008

Gestaltung: Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz.de)

Titelbild: Rütli Wear Berlin

Druck: Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

Der Innenteil dieser Publikation wurde gedruckt auf
Bioart Top, hergestellt aus 100 % wiederaufbereiteten Fasern
(ausgezeichnet mit dem Siegel „Nordischer Schwan" für
Umweltverträglichkeit).

Bundesverband
Deutscher Stiftungen

Interview

„Das ‚Damals' der Zukunft ist unsere Gegenwart heute"

Professor Klaus J. Bade

Professor Klaus J. Bade zählt zu den profiliertesten Migrationsforschern in Europa. Er hat das international renommierte interdisziplinäre Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück sowie den bundesweiten Rat für Migration begründet und zahlreiche Denkanstöße geliefert wie das „Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung" – ein Warnruf von 60 Professoren, die Anfang der 1990er Jahre einen sachgerechteren Umgang mit Migration und Integration forderten. Er ist Autor und Herausgeber von mehr als 40 Büchern, insbesondere zu Migration und Integration in Geschichte und Gegenwart und lebt in Osnabrück und Berlin.

Professor Bade, als frischgebackener Emeritus blicken Sie zurück auf ein erfülltes akademisches Leben, insbesondere als Migrationsforscher, aber auch als Politikberater und publizistischer Politikbegleiter. Ist die interdisziplinäre Migrationsforschung in Deutschland heute so potent, wie Sie sich das wünschen?

Die Frage muss man mit einem klaren Jein beantworten. Ja, sie ist so potent, dass sie auf die zu stellenden Fragen die nötigen Antworten finden kann. Nein, denn sie wird nicht so gefördert, dass sie ihr Potenzial zureichend in entsprechende Forschungsergebnisse umsetzen kann. Es gibt zu wenig Lehrstühle dafür, in meinem eigenen Kernbereich, der epochenübergreifenden Historischen Migrationsforschung, keinen einzigen. Alles was wir da auf die Beine gestellt haben, lief sozusagen nebenher. Ohne stete Förderung durch Stiftungen hätten wir keine Chance gehabt. Viele haben immer noch nicht verstanden, dass es hier um zentrale Lebens- und

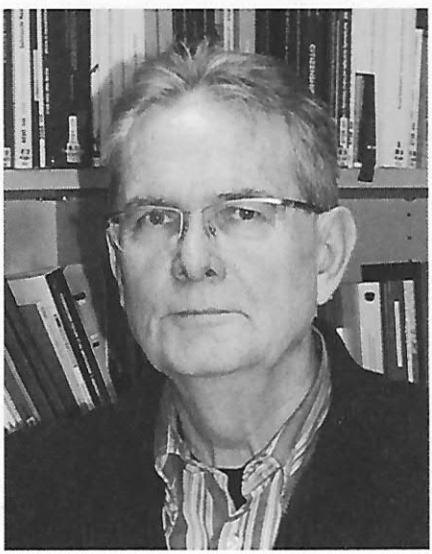

Foto: Jörn Breiholz

Überlebensfragen der Einwanderungsgesellschaft geht. Es ist nie zu spät. Das haben Integrationsgipfel und Islamkonferenz gezeigt. Aber es ist ziemlich spät geworden in Deutschland.

Was sind die fehlenden Forschungsgebiete, wenn sie sagen: nein?

Ein zentraler Bereich ist die empirische Bildungsforschung. Hinzu kommt die Integrationsforschung im weitesten Sinne, die uns zeigt, warum was wo besser oder schlechter läuft. Wir brauchen eine kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung von Integrationsentwicklung und Integrationspolitik. Die Abberufung des – den ‚Wirtschaftsweisen' gleichrangigen – Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration 2004 war ein Eigentor. Wir brauchen auch dringend Forschung, die uns die konkreten Grundlagen bietet zu dem, was heute – nach einem etwas unglücklichen Begriff von mir selber – „nachholende Integrationspolitik" genannt wird. Dabei sollten wir weniger einseitige sozialtherapeutische Interventionsforschung treiben nach dem Motto „Wir untersuchen und heilen Eure Probleme", und mehr die Einwanderungsgesellschaft insgesamt in den Blick nehmen. Integrationsprobleme haben zunehmend auch Menschen ohne Migrationshintergrund.

Migranten gelten als aufstiegsorientiert in der Gesellschaft, in der sie ankommen. Viele schaffen den Aufstieg aber trotzdem nicht. Ist Bildung der Schlüssel zur Partizipation?

Bildung und Ausbildung sind die Schlüssel, wenn zum Bereich Bildung auch die Sprache gezählt wird. Aber wir haben Jahrzehnte lang einen organisierten Import von Menschen aus oft bildungsfernen und ländlich geprägten Milieus betrieben, um uns das Leben am Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wir haben sie malochen und dann im Regen stehen lassen. Deshalb sollten wir uns nicht wundern, dass aus den Enkeln der „Gastarbeiterbevölkerung" heute nicht in großer Zahl Nobelpreisträger geworden sind. Das bedeutet nicht, negativ zu reden über diese Zuwanderung.

Warum nicht?

Weil sie damals am Arbeitsmarkt zum deutschen „Wirtschaftswunder" beigetragen und unseren Leuten den beruflich-sozialen Aufstieg erleichtert, dann aber selbst diesen Fahrstuhl verpasst hat. Wir konzentrieren uns zu stark auf das Hellfeld der Auffälligkeiten und nicht auf das Dunkelfeld der Unauffälligkeiten. Erfolgreiche Integration bleibt aber in aller Regel unauffällig. Das beste Beispiel war die die Entdeckung der „Menschen mit Migrationshintergrund" 2006, die annähernd 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland stellten, Tendenz ständig steigend – und niemand hatte es so recht bemerkt. Wir müssen uns verabschieden von alarmistischen Selbstbeschreibungen und kakophonen Menetekeln einer allgemeinen Integrationskrise, die von statischen Kulturverhältnissen ausgeht à la: Einheimische bleiben immer Einheimische, Fremde immer Fremde, Ausländer immer Ausländer. Wir haben gerade eine fast drei Kilo schwere „Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart" herausgebracht. Sie zeigt, dass Integration zwar immer auch mit Spannungen, Reibungen und Konflikten einherging, aber dann doch in aller Regel zu friedlichen neuen Formen des Zusammenlebens geführt hat. Das sollte Anlass sein, nicht hysterisch, sondern pragmatisch und möglichst gelassen auf diese Dinge zu schauen.

Wir hören und lesen aber doch permanent Begriffe wie Ehrenmord, Zwangsheirat, Parallelgesellschaften oder Staatsnotstand, wie ihn der damalige Bundeskanzler Kohl im Zusammenhang mit dem Asylstreit der frühen 90er Jahre geprägt hat.

Keine Frage, es gibt das Problem der Zwangsheiraten und der Ehrenmorde und darauf kann es kein interkulturelles Pardon, sondern nur geharnischte Antworten geben. Parallelgesellschaften gibt es in Deutschland kaum. Es gibt vielmehr Parallelkulturen, die typisch sind für echte Einwanderungsprozesse. Auch das ist historisch nichts Neues, kein Sonderfall im europäischen Vergleich, also kein Grund, nationaldepressiv die Einwanderungssituation in Deutschland zu verteufeln. Das entscheidende Integrationsproblem in Deutschland ist das wachsende Bildungsgefälle zwischen der Einwandererbevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft. Trotz ständiger Zurücksetzungen, Benachteiligungen und Denunziationen hat es aber – Ausnahmen bestätigen die Regel – eine friedvolle Eingliederung dieser Einwandererbevölkerung gegeben. Und dafür hat es bis zum Integrationsgipfel an einem staatlichen Dankeschön gefehlt.

Was kann die Wissenschaft an Fakten beitragen, um emotionale Debatten zu versachlichen, zum Beispiel den Begriff von der „Einwanderung in die Sozialsysteme"?

Als 1973 im Zeichen der strukturellen Arbeitslosigkeit der Anwerbestopp verabschiedet worden ist, hat man nicht erkannt, dass man dabei die schon laufende Entwicklung zur echten Einwanderungssituation noch beschleunigte, nämlich mit der Nötigung der Zuwanderer vor die Entscheidung: dauerhaft rein oder raus. Ein Teil ist zurückgewandert, der überwiegende Teil aber hat die Familie nachgezogen. Spätestens jetzt wäre die Situation da gewesen, in der man gegenüber vielen durchaus etwas autoritär hätte formulieren können: Wir geben euch noch fünf Jahre. In dieser Zeit werdet Ihr Deutsch lernen und euch, mit unserer Hilfe, beruflich weiter qualifizieren, damit ihr den künftigen Herausforderungen am Arbeitsmarkt besser gewachsen seid. Das haben wir aber nicht getan, sondern uns lamentierend abgewandt. So sind schließlich viele der früher so hilfreichen „Gastarbeiter" sukzessive in die Arbeitslosigkeit und in die Transfersysteme abgerutscht. Eine ganz andere Frage war die Nachwanderung im Bereich der Heiratsmigration. Das war gelegentlich etwas, wo das schlimme Stichwort, das ich gar nicht verwenden würde, ein Stück weit greifen könnte.

Was ist denn richtig: „die Einwanderung in die Sozialsysteme" oder „die Einwanderer haben mit ihren Beiträgen die deutschen Renten- und Sozialversicherungssysteme mit aufgebaut"?

Bis zum Anwerbestopp eindeutig das letztere – und sie haben zu einem beträchtlichen Teil dabei den kürzeren gezogen. Denn diejenigen, die zurückgegangen sind, haben ja nicht alles, was für sie eingezahlt wurde, mitgenommen, sondern einen beträchtlichen Teil im Lande gelassen. Außerdem haben die „Gastarbeiter" und ihre Nachfahren entscheidend dazu beigetragen, dass dieses Land in seiner Bevölkerungsentwicklung erst sehr viel später rote Zahlen geschrieben hat als dies der Fall gewesen wäre, wenn die Deutschen unter sich geblieben wären. Andernfalls wäre die demografische Zukunftsangst schon viel früher ausgebrochen.

Kann man Migration wissenschaftlich bewerten, gar einen Negativ- oder Positivsaldo aufstellen?

Es geht um die beruflich-soziale Passfähigkeit der Einwanderung und um darauf zielende, flexible und arbeitsmarktorientierte Steuerungssysteme, die uns fehlen. Auch unsere Datengrundlagen sind für ein Einwanderungsland miserabel. Deswegen haben wir Erkenntnisprobleme bei den nötigen Integrationsindikatoren. Unsere Wanderungsstatistik müsste sehr viel scharfsichtiger werden

wie zum Beispiel die in den Vereinigten Staaten, wo man klarer erkennen kann, was aus den einzelnen Einwandergruppen geworden ist. Wir haben auch unzureichende Datengrundlagen zur Ermittlung der Bestimmungsfaktoren des Wanderungsverhaltens. Wir brauchen dringend regelmäßige Bevölkerungszählungen, um zu wissen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund es tatsächlich in Deutschland gibt. Die ersatzweisen Datenfortschreibungen können das nicht leisten, weil sie auch alte Fehleinschätzungen fortschleppen.

Ein anderes Beispiel: Jahrelang hieß es aus vermeintlich wohlmeinenden Kreisen, wer verbindliche Deutschkurse verlangt, der betreibt Assimilation und nimmt den nicht ernst, der hier einwandert. Ist Deutsch der gemeinsame Nenner, braucht eine Gesellschaft einen gemeinsamen Wertekanon?

Die Lingua Franca in Deutschland ist deutsch, Punkt. Sie ist die Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Integration, insbesondere am Arbeitsmarkt, abgesehen einmal von Hochqualifizierten, die mitunter auch in englischsprachigen Branchen tätig werden und denen niemand einen Sprachkurs aufdrängt. Umgekehrt sollte die Mehrheitsgesellschaft lernen, dass auch die Herkunftssprachen eine Bereicherung im Einwanderungsland sind. Natürlich braucht eine Einwanderungsgesellschaft einen Wertekanon als gemeinsame Orientierungshilfe für alle. Aber den haben wir doch schon: Er steht im Grundgesetz. Wir müssen das Grundgesetz in alltagsfähige Prosa übersetzen, damit alle ganz konkret wissen, welches die Grundwerte, Rechte und Pflichten hierzulande sind und was in diesem Land geht und was nicht.

Spätestens seit dem Kühn-Memorandum 1979 hätte man wissen können, dass damals schon eine Million Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik lebten. Trotzdem hat es 30 Jahre gedauert, bis sich diese Vokabel bei den Sozialdemokraten und noch viel später bei den Christdemokraten durchgesetzt hat. Ihre Erklärung dafür?

Wir haben die Probleme sehr lange mit Distanz schaffenden Vokabeln umschrieben, insbesondere mit der Tabuformel „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland". Das war ein hilfloser Selbstrettungsversuch, ein semantischer Ausdruck demonstrativer Erkenntnisverweigerung, wie ich das Anfang der 1980er Jahre genannt habe. Und was man verdrängt, das kann man nicht gestalten.

Ist es nicht viel mehr so gewesen, dass man mit der Semantik Politik auf dem Rücken der Einwanderer betrieben hat? Und damit letztlich auch beispielsweise den Rechtsradikalismus befördert hat?

Der populistische Umgang mit Fragen von Migration und Integration hat oft unversehens den falschen Adressen zugearbeitet. Beispiele sind der seinerzeitige Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seiner populistischen Parole „Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze" oder der damals gerade ernannte Bundesinnenminister Otto Schily mit seiner Aufsehen erregenden Warnung, die „Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung" sei überschritten. Das hat manche Protestwähler animiert, dann nicht die vermeintlichen Kopien, sondern gleich die rechten Originale der Fremdenfeindlichkeit zu wählen. Das ist immer ein sehr gefährliches Spiel mit einer sehr kurzen Lunte.

Die Politik ist nun aufgewacht?

So ist es und das ist sehr erfreulich. Es gibt nun viele prominente selbstkritische Schlafmetaphoriker. Das gilt zum Beispiel für den Bundespräsidenten, der sagt: „Wir haben die Integration verschlafen". Oder auch für die Bundeskanzlerin, die feststellt: „Wir haben das Thema zu lange

auf die lange Bank geschoben". Als wir in den 1980er Jahren mit dem Wecker herumliefen, wurden wir ganz konsequent als Ruhestörer beschimpft. Das sei vergeben, vorausgesetzt, der politische Wachzustand hält an.

Warum ist der Dritte Sektor, Stiftungen beispielsweise, früher wach gewesen?

Das ist ungefähr so wie mit Antilopen und Elefanten. Stiftungen können sich sehr geschwinde über das Feld bewegen, sehr schnell etwas erfassen, auch mit begrenztem Risiko auf eigene Kosten etwas versuchen. Sie können es sich außerdem leisten, Fehler einzugestehen und nötige Kurswechsel zu vollziehen, ohne dabei um die Wählergunst buhlen zu müssen. Stiftungen sind gegenüber dem Bereich Migration und Integration, also gegenüber dem, was Heiner Geißler schon in den 1970er Jahren die „neue soziale Frage" genannt hat, in einer ähnlichen Rolle wie private Initiativen oder die Kirchen Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber der klassischen Sozialen Frage, die natürlich eine viel gewaltigere Dimension hatte. Die waren seinerzeit schon ein halbes Jahrhundert aktiv, bevor der Staat mit den Anfängen der Bismarckschen Sozialversicherungsgesetzgebung auf den Plan trat.

Ein Blick nach vorn: Was versäumen wir heute?

Das entscheidende Problem ist die Nichtakzeptanz des Selbstverständnisses vieler Menschen der zweiten und der dritten Einwanderergeneration, die mitunter in einer ausgesprochenen Fallensituation aufwachsen: Die einen haben erfolgreiche Integrationskarrieren, die anderen haben mehr Misserfolge zu verzeichnen. Sie sind aber allesamt Einheimische in diesem Land, und fühlen sich oft nicht zureichend akzeptiert als Bestandteil der Einwanderungsgesellschaft. Sie erleben reihenweise gruppenspezifische Zurücksetzungen und Benachteiligungen in Bildung, Ausbildung und auf dem Weg in den Arbeitsmarkt. Frühzeitige Investitionen in Integrationsförderung sind aber bei weitem billiger als die Großprogramme zur nachholenden Integration, die heute unabdingbar geworden sind. Jeder Tag, der vergeht, ohne dass wir Menschen, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund, die begabt sind, aber dringenden Förderungs- bzw. Qualifikationsbedarf haben, nicht die nötigen Förderungshilfen anbieten, ist ein verlorener Tag für die Einwanderungsgesellschaft der Zukunft. Die soziale Spannung wächst. Wenn wir nicht gegensteuern, kann es sein, dass uns in zehn oder zwanzig Jahren ganze Segmente der urbanen Einwanderungsgesellschaft um die Ohren fliegen. Und dann wird man sich wieder fragen: Wie konnte es sein, dass wir damals diese Situation verpasst haben? Das „Damals" der Zukunft ist unsere Gegenwart heute.